

Volksinteressen

Politische Entscheidungen müssen für das Volk transparenter werden.

Es darf nicht am Volk vorbei regiert werden. Wichtige Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein. Gesetze müssen zum Wohle des Volkes gemacht werden und nicht zum Wohle bestimmter Lobbygruppen.

Ehrlichkeit, Aufmerksamkeit und Achtsamkeit müssen wieder im Vordergrund stehen.

Der Volkswille und das Volksinteresse müssen wieder mehr Beachtung finden.

Volksabstimmungen bei schwerwiegenden, wichtigen Themen für Deutschland, wie es z. B. in Österreich oder der Schweiz gemacht wird.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Die AViP setzt sich deshalb für einen branchenabhängigen Mindestlohn ein. Man muss wieder von einem Lohn leben können, ohne mehrere Jobs zusätzlich machen zu müssen.

Mehr Wertschätzung und bessere Löhne für Sozial-/Pflege- und Sicherheitsberufe. Erhöhung der Attraktivität von Berufen mit zentralen Aufgaben zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft, wie z. B.

- Förderung und höhere Anerkennung für Berufsgruppen, wie z. B. Polizei, Feuerwehr und THW.
- Förderung der Anerkennung ehrenamtlicher Helfer für unser Land.
- Förderung der Attraktivität sozialer Berufe (Pflegepersonal), wie z. B. Krankenschwestern/Pflegerinnen, Pflegebedienstete, Ärzte, Psychologen und Sozialpädagogen.
- Es darf keine hohen Versicherungsprämien für Hebammen geben. Das Berufsbild der Hebamme darf im Interesse unserer Gesellschaft wegen zu hoher Versicherungsprämien nicht aussterben.

Mehr Sicherheit und Schutz der Bürger im Öffentlichen Leben vor Aggressionen, wie z. B. in Bahnhöfen und anderen Öffentlichen Bereichen.

Reduzierung der Vormundschaft der EU

Wir sind klar für ein Vereintes Europa. Es kann aber nicht sein, dass Brüssel Deutschland mit etlichen Gesetzen und Vorschriften bevormundet.

Die Brüsseler Administration hat die europäischen Regierungen mit tausenden Gesetzblättern, Verordnungen und Vorschriften zugestraftet, die es alle zu befolgen gilt. Andernfalls drohen hohe Vertragsstrafen. Alles wird von Brüssel reglementiert.

Es ist ein Wunder, dass trotz dieses lähmenden Gesetzesdschungels der Bundestag ab und zu wieder eigenständige Gesetze durchbringen kann.

Als ein weiteres Problem kommt hinzu, dass bezüglich der wichtigsten Fragen, die Volksvertreter im Bundestag oft relativ wenig Ahnung haben.

Nach dem Gesetz soll jeder Volksvertreter unabhängig sein und nach eigenen Gewissen entscheiden können. Leider wird dieser sehr wichtige demokratische Grundsatz sehr oft nicht eingehalten.

Die Vorgänge in der Welt sind inzwischen sehr kompliziert geworden, so dass viele Volksvertreter die vielfältigen, komplexen Vorgänge oft nicht mehr durchschauen und verstehen.

Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, haben die Parteien unterschiedliche Arbeitskreise ins Leben gerufen, auf die sie ihre Abgeordneten verteilen.

In solchen Expertengruppen fallen dann die Entscheidungen, die später von den Parteimitgliedern im Bundestag brav abgenickt werden. Auch die wesentlichen Fragen unserer wirtschaftlichen Zukunft werden hier von wenigen Spezialisten bestimmt. Das Problem ist aber, dass diese ausgewiesenen Wirtschaftsexperten oft im Fokus der Kapitallobby stehen. Es besteht also immer die Gefahr, dass die Offenheit der Entscheidungsstrukturen kriminelle Energien freisetzen könnten (z. B. heimliche Bestechungen oder auch offene Zuwendungen in Form von lukrativen Aufsichtsratsposten, Beraterverträgen, Vortragsreisen etc.).

Die AVIP fordert deshalb:

- Beschränkung des Einflusses bestimmter starker Lobbygruppen auf die Volksvertreter im Bundestag. Manche Gesetze werden von den Lobbygruppen ja schon fast vordiktiert.
- Anwesenheitspflicht für Abgeordnete.
- Keine Einschränkung des Rederechts des Parlamentarier durch die eigene Partei. Auch wenn es gegen die Interessen der eigenen Partei ist. Denn Parlament heißt Parlament, weil dort parliert, also geredet werden soll. So viel, so klug, so Streitig und so überzeugend wie möglich. Das Parlament ist, der Idee und dem Papier des Grundgesetzes nach, der freieste Ort, den man sich vorstellen kann.
- Geheime Abstimmung im Bundestag. Der wirkliche freie Wille des Abgeordneten muss entscheiden. Der Abgeordnete darf keiner Parteidisziplin unterliegen.

Wir Bürger erwarten von den Parteien neue Ideen und Visionen, die Deutschland für die Zukunft fit machen und nach vorne bringen.

Offene und ehrliche Politik, eine bürgernahe und transparente Verwaltung, soziale und gerechte Politik müssen im Vordergrund stehen.

Weiterhin fordert die AVIP:

- Gegen Kaufkraftverlust von Renten, Gehältern und Reallöhnen trotz boomender deutscher Wirtschaft. Die allgemeine Lebensqualität muss erhalten bleiben und weiter gefördert werden.
- Keine Verschönerung der Arbeitslosenstatistik.
- Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden.
- Effektivere Maßnahmen für Arbeitslose.
- Abschaffung kreiseigener Träger. Kreiseigene Träger werden vom Staat finanziert und werden bei Ausschreibungen bevorzugt, da sie andere Preise anbieten können als wirtschaftliche Unternehmen.

Das untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit und schafft ein Ungleichgewicht. Viele Bildungsträger im sozialen Bereich können dem Konkurrenzdruck nicht standhalten und müssen schließen. Um Arbeitsplätze im sozialen Bereich zu sichern und wieder für Arbeitnehmer lukrativ zu gestalten, muss der Wettbewerb für alle Beteiligte gleich sein.

- Optionskommunen, Jobcenter und Arbeitsagenturen sollen eigenständig die Entscheidungen über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel und der Entwicklung geeigneter Instrumente für die Integration Erwerbsloser treffen (schnellere Reaktionsfähigkeit, Förderung von Innovation).

Derzeit wird die Entscheidung darüber zentral aus Nürnberg gesteuert. Eine schnellere Reaktionsfähigkeit auf regionale Bedürfnisse ist deshalb nicht gegeben. Innovative Projekte, die nachweislich eine bessere Integrationsquote in Arbeit vorweisen können, sollen Vorrang haben, auch wenn vorgefertigte Maßnahmen günstiger sind. Für den Steuerzahler ist unser vorgeschlagener Weg langfristig günstiger. Qualität statt Quantität.